

g



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 26.-30.11.2018

Übersicht der Themen:

Ukraine-Konflikt

Globaler Migrationspakt (GCM)

Gemeinsame Erklärung der linken Partei- und Fraktionsvorsitzenden

AfD-Kandidatin zur Vize-Bundestagspräsidentin gescheitert

Mehrere Anträge zum Mindestlohn und Niedriglohnsektor

Anträge zum Mietenstopp

Antrag zum Abschiebestopp für Geflüchtete aus Afghanistan

Meine Kommentare – „Batteriezellen made in Germany“ und

„Die Wirtschaftsverbände freuen sich“ zur KI-Strategie der Bundesregierung

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Leider ist in den letzten Tagen der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland wieder hochgekocht. Die Bundesregierung muss nun alles dafür tun, dass dieser Konflikt nicht weiter eskaliert. Sie muss sich als Vermittlerin einsetzen und aufklären, was genau passiert ist. Die Bundesregierung darf sich auf keinen Fall an dem Konflikt beteiligen oder voreilige Schlüsse ziehen. Denn das würde die Situation nur noch mehr verschärfen.

Globaler Migrationspakt (GCM) - In dieser Sitzungswoche gab es wieder eine ganze Reihe Namentlicher Abstimmungen. Dazu gehörte eine Abstimmung am Donnerstag zu einem Antrag der Koalition zur Unterzeichnung des Globalen Migrationspaktes (GCM), den die Vereinten Nationen Anfang Dezember in Marokko auf den Weg bringen wollen.

Die Debatte um den Migrationspakt wird von Seiten der AfD auf eine rechtspopulistische und hetzerische Weise gegen Flüchtlinge und damit gegen Kinder, Frauen und Männer geführt, die vor Kriegen, Hunger und Leid fliehen müssen. Viele unserer Vorfahren kennen diese schmerzvolle Situation, die eigene Heimat und damit Familie, Freunde, vertraute Orte ungewollt verlassen zu müssen. Auch den heutigen Flüchtlingen fällt das mit großer Sicherheit nicht leicht. Aber die AfD stigmatisiert all diese Menschen zu Straftätern und Verbrechern. Die dadurch geförderte Ausgrenzung lässt diese Menschen noch mehr Leid und Not erfahren, als sie es so schon ertragen mussten. Die unsäglichen Reden seitens der AfD im Bundestag sind kaum auszuhalten, sie sollen Angst machen und die Gewalt von rechts verharmlosen.

Wir, DIE LINKE, begrüßen insbesondere den menschenrechtlichen Ansatz, der von den Staaten übernommenen Selbstverpflichtungen, der darauf abzielt, Menschen in ihren Herkunfts-, Ziel- und Transitländern vor Entrechtung, Ausbeutung und unmenschlichen Bedingungen zu schützen. Wir stimmten dennoch gegen den Antrag der Bundesregierung und haben einen

eigenen Antrag vorgelegt. Denn eine Sache muss immer wieder klar gemacht werden: Es gibt strukturelle Ursachen für die weltweiten Migrationsbewegungen und diese liegen klar in der Verantwortung westlicher Staaten. Ohne eine wirksame Fluchtursachenbekämpfung geht es nicht. Hierzu gehören Abrüstung, fairer Handel und eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik. Hier geht es zu dem [Antrag](#) der Fraktion DIE LINKE.

Gemeinsame Erklärung der linken Partei- und Fraktionsvorsitzenden - Anlässlich der Tagung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Thema "Flucht und Migration" an diesem Freitag, wurde eine gemeinsame Erklärung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden veröffentlicht, die Ihr [hier](#) lesen könnt.

AfD-Kandidatin zur Vize-Bundestagspräsidentin gescheitert - Die AfD stellte eine neue Kandidatin zur Wahl der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages auf, nachdem Albrecht Glaser dreimal gescheitert war. Schnell wurde klar, dass es auch diese Kandidatin nicht schaffen würde. So konnte sie die erforderliche Mehrheit von 355 Stimmen nicht erreichen.

Mindestlohn - DIE LINKE hat schon immer gesagt, dass der gesetzliche Mindestlohn bereits bei seiner Einführung zu niedrig war und es auch mit aktuell 8,84 Euro pro Stunde noch ist. Er verhindert weder Niedriglohnbeschäftigung noch Armut oder Altersarmut. Um diesen Zielen gerecht zu werden, muss der Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde angehoben werden. Mehr dazu in unserem [Antrag](#).

Niedriglohnsektor - Die [Antwort](#) der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion zeigt, dass 4,2 Millionen Menschen in Deutschland zu einem Niedriglohn in Vollzeit arbeiten. Zahllose Unternehmen versuchen den gesetzlichen Mindestlohn und Branchenmindestlöhne zu umgehen. Eine nicht ausreichend mit Personal ausgestattete Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) öffnet dem Tür und Tor. Es ist daher notwendig, die Planstellen der FKS schnellstmöglich um 5.000 zusätzliche Stellen aufzustocken. Nur ausreichende Kontrollen stellen sicher, dass die Vorgaben des Mindestlohngesetzes eingehalten werden. Hier geht es zum [Antrag](#) der Linksfraktion. In einem weiteren [Antrag](#) fordern wir, dass keinen Personengruppen vom Mindestlohn ausgenommen werden dürfen. Denn das ist leider zahlreich der Fall.

Anträge zum Mietenstopp - Am Donnerstag wurde namentlich über Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. abgestimmt, mit denen wir fordern, Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn im Gesetzentwurf der Koalition zu integrieren. Seit Jahren fordert die Fraktion DIE LINKE einen Mietenstopp, um Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung zu schützen und den noch vorhandenen bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Bereits im Jahr 2014 hatten wir den Antrag gestellt, den Mietenanstieg auf den Inflationsausgleich zu begrenzen. Wir freuen uns, dass die SPD unsere Forderung in ihrem kürzlich veröffentlichten Zwölf-Punkte-Plan für eine „Mietenwende“ aufgreift. Damit besteht jetzt die Chance, diese wichtige Forderung umzusetzen. Mehr dazu in dem [Antrag](#) „Mieterhöhungsstopp jetzt“ und in dem [Antrag](#) „Mietenanstieg stoppen, Mieterinnen und Mieter schützen, Verdrängung verhindern“.

Antrag zum Abschiebestopp für Geflüchtete aus Afghanistan - Die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert sich kontinuierlich. Die Zahl der Anschlagopfer stieg zuletzt mit 4.151 auf den bisherigen Höchstwert seit Beginn der Zählung im Jahr 2009. Die Asylentscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge steht im Widerspruch zu dieser Entwicklung in Afghanistan. Deshalb müssen die Leitsätze für das BAMF aktualisiert und ein sofortiger Abschiebestopp und eine Bleiberechtsregelung für afghanische Geflüchtete beschlossen werden. Weiter zu dem [Antrag](#) der Fraktion DIE LINKE.

Kommentar: „Batteriezellen made in Germany“ - Die Ankündigung des Wirtschaftsministers, die Ansiedlung einer Batteriezellenproduktion in Deutschland zu fördern, zeigt sehr gut, wie vielfältig die Vorteile aktiver Industriepolitik sind. Damit kann eine enorm steigende Abhängigkeit von ausländischen Zulieferern vermieden werden und Industriepolitik kann zum Klimaschutz beitragen, da die für E-Autos und Stromspeicher benötigten Batterien günstiger werden, wenn es insgesamt mehr Produzenten gibt. Dabei reicht es allerdings nicht, die Mittel bereitzustellen um ein, zwei Fabriken aus dem Boden zu stampfen. Es muss darum gehen, attraktive Technologie-Standorte mit guten Arbeitsplätzen aufzubauen. Mehr dazu in meinem [Kommentar](#).

Kommentar: „Die Wirtschaftsverbände freuen sich“ - Die Bundesregierung hat ihre Strategie zur Künstlichen Intelligenz (KI) veröffentlicht und dafür viel Lob geerntet. Nun ist auch grundsätzlich nichts dagegen zu sagen, wenn der Staat Geld in die Hand nimmt, um Wachstumsimpulse in Zukunftssektoren zu setzen. Doch die Strategie der Bundesregierung hat eine gewaltige Schiefelage. Denn während die Unternehmer jubeln dürfen, werden die Arbeitnehmer mit Lippenbekenntnissen und Floskeln abgespeist. [Hier](#) geht es zu meinem Kommentar im Neuen Deutschland.

Ich wünsche Euch allen ein erholsames Wochenende!

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alex de Witt'.

Euer Alexander